

„Wir haben kein Interesse an hohen Beitragssätzen“

Kassenchefin Doris Pfeiffer über den Streit mit dem Gesundheitsministerium und andere Niederlagen

Frau Pfeiffer, vor zwei Jahren haben Sie einen einheitlichen Beitragssatz von 15,6 Prozent geschätzt, nun liegt er bei 15,5 Prozent. Darf man Ihnen zu dieser Prognose gratulieren?

Also gratulieren ist das Falsche. Denn keiner ist glücklich über den Beitragssatz. Wir haben damals bei unserer Schätzung die Dynamik der Vergangenheit fortgeschrieben und dabei nicht wissen können, dass die Bundesregierung Ärzten und Krankenhäusern noch zusätzliche Milliarden verspricht und der Beitragssatz jetzt sogar noch höher sein müsste.

Was bedeutet der jetzige Satz für die Qualität der Versorgung?

Ich gehe davon aus, dass die Versorgung gesichert ist. Da sehe ich keine Risiken. Aber es wird sicher schwierig, weil die Kassen künftig über Zusatzbeiträge das für die Versorgung notwendige Geld hereinholen müssen.

Wird der erste Zusatzbeitrag schon im ersten Halbjahr 2009 kommen?

Wann die ersten Kassen einen Zusatzbeitrag fordern, das vermag ich im Moment nicht zu sagen. Es wird bestimmt eine Weile dauern, weil die Hemmschwelle hoch ist. Aber sicher ist, wenn eine oder zwei Kassen damit anfangen, dann werden viele folgen.

Wird der Start des Gesundheitsfonds 2009 ohne Chaos gelingen?

Die wesentlichen Voraussetzungen sind gegeben, damit es klappt. Ich hoffe sehr, dass es reibungslos läuft. Weder das Bundesversicherungsamt noch die Kassen haben ein Interesse daran, die Versicherten zu verärgern.

In den Verhandlungen über den Beitragssatz konnten sich die Kassen mit dem Bundesgesundheitsministerium über die Einnahmesituation einigen. Warum hat das bei den Ausgaben nicht geklappt?

Wir haben gerechnet auf der Basis von Expertenschätzungen. Welche Modelle das Ministerium angewendet hat, das weiß ich nicht.

Ist es ein politischer Beitragssatz?

Natürlich ist eine Beitragsfestsetzung durch die Bundesregierung immer politisch. Das ist auch nicht überraschend. Die Lohnnebenkosten sind ein wichtiges Thema, und von daher ist klar, dass auch politische Kriterien eingeflossen sind.

Die Kassen haben 15,8 Prozent verlangt, in Regierungskreisen wurde diese Forderung als „Unverschäm-



AP/MICHAEL PROBST

Arzneimittel gehören zu den größten Kostentreibern.

heit“ bezeichnet. Haben die Kassen die Vernunft verloren?

Nein. Vielmehr haben wir nüchtern und sachlich abgeschätzt und dafür alle Expertise, die wir in dem Bereich haben, zusammengeführt. Wir haben überhaupt kein Interesse an hohen Beitragssätzen, aber wir haben eines daran, dass die Kosten gedeckt sind.

Sie bezeichnen den Verband der Gesetzlichen Krankenkassen als Interessensvertretung der Versicherten. Angesichts Ihrer Forderung von 15,8 Prozent eine verwegene These.

Wenn man bedenkt, dass die Ärzte und Krankenhäuser zusammen rund 13 Milliarden Euro mehr haben wollten, es tatsächlich aber weniger als sieben Milliarden geworden sind, dann sieht die allererste Zwischenbilanz nicht so schlecht aus. Ohne unseren Druck auf die Politik kämen auf die Versicherten deutlich

höhere finanzielle Belastungen zu. Aber natürlich ist es nicht einfach sich durchzusetzen, denn man kann die Stimme erheben, aber die Entscheidung trifft letztlich die Bundesregierung.



BLZ/MARKUS WÄCHTER

Doris Pfeiffer ist Vorstandsvorsitzende des im Juli gestarteten Spitzenverbandes der gesetzlichen Krankenkassen. Sie hat einen einheitlichen Beitragssatz von 15,8 Prozent gefordert, er liegt nun bei 15,5 Prozent.

Aber insgesamt waren die ersten drei Monate für Sie doch ein Desaster? Die Regierung sicherte gegen den Willen der Kassen Ärzten und Kliniken Milliarden zu. Sie müssen künftig tausende zusätzliche Pflegekräfte finanzieren und bei den Kliniken gibt es keinerlei Wettbewerb, wie Sie es gefordert hatten.

Das sehe ich nicht so. Wir haben es geschafft, in kürzester Zeit eine schlanke, aber gut funktionierende Organisation aufzubauen, die eine Fülle von Aufgaben wahrnimmt. Dass in einem Bereich wie der Gesundheitspolitik, der in hohem Maße staatlich reguliert und zudem von großer politischer Sensibilität

ist, der Einfluss eines Verbandes nur begrenzt sein kann, ist nichts Neues. Trotz dieser denkbar schlechten Voraussetzungen haben wir viel für die Versicherten und Beitragszahler erreicht. Ich erinnere da nur an die exorbitanten Forderungen von Ärzten und Krankenhäusern, die wir verhindern konnten, und die neu festgelegten Grenzen, so dass viele Versicherte Arzneimittel ohne Zuzahlung erhalten, sowie an die neu erarbeiteten Qualitätsstandards für eine bessere Pflege. Dies alles seit Juli 2008 mit völlig neuen Mitarbeitern und neuen Strukturen. An diese Erfolge gilt es anzuknüpfen.

Fühlen Sie sich schon als Filiale des Bundesgesundheitsministeriums?

Überhaupt nicht. Die Tatsache, dass wir uns nicht immer haben durchsetzen können, heißt ja nicht, dass wir zum Weisungsempfänger geworden sind. Im Gegenteil, wir haben deutlich gemacht, dass wir an vielen Stellen völlig andere Auffassungen haben. Ich bin optimistisch, dass unsere Durchsetzungsmöglichkeiten in der Zukunft noch besser werden.

Befürchten Sie, dass Ärzte und Krankenhäuser nun vor jeder Landtags- und Bundestagswahl ihre Forderungen der Regierung stellen werden?

Wir werden auch im nächsten Jahr wieder über Beitragssätze reden müssen. Daher ist nicht auszuschließen, dass kurz vor der Bundestagswahl weitere Forderungen kommen werden. Ich bin gespannt, ob die Regierung dem dann wieder nachgibt.

Was werden Sie dafür tun, dass die Kassen wieder die Hoheit über das Geschehen gewinnen?

Aus den Erfahrungen der ersten 100 Tage lernen und weiter mit Engagement für die Interessen der Kassen und der Versicherten kämpfen. Auch in der Gesundheitspolitik schlägt das Pendel immer mal in die eine und dann in die andere Richtung aus.

Können Sie die Hoheit mit der jetzigen personellen Aufstellung des Verbandes zurückgewinnen?

Wir haben eine gute Mannschaft, die hervorragend arbeitet.

Plagen Sie manchmal Selbstzweifel?

Es ist immer gut, wenn man hinterfragt, was man tut. Aber Selbstzweifel in dem Sinne, dass ich meine Entscheidung bereue, Vorsitzende dieses Verbandes geworden zu sein, habe ich nicht.

Gespräch: Daniel Baumann